

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Schaffung eines „Parlamentsforums Nordsee“**

Der Nordseeraum ist einer von 13 zentralen Regionen, die die Europäische Union (EU) im Rahmen ihres Programms INTERREG IV B fördert. Für alle Nordseeranrainerstaaten ist die Zukunft von Meer und Küsten von herausragender Bedeutung für die wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Um sich innerhalb der EU-Regionen und unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft zukunftsfähig positionieren zu können, müssen sie ihre Interessen bündeln und gemeinsam vertreten. Wie im Ostseeraum längst erfolgreich praktiziert, bedarf es auch im Nordseeraum einer grenzüberschreitenden strategischen Zusammenarbeit. Ziel dieser Kooperation ist die nachhaltige Entwicklung eines gemeinsamen Lebens-, Wirtschafts-, Forschungs-, Umwelt- und Kulturraumes. Wichtige Aspekte sind dabei Schiffbau, Schifffahrt und Häfen, Windenergie, Fischerei, Tourismus, Sicherheit, Klima- und Umweltschutz, Innovation und Forschung.

Vor diesem Hintergrund hat sich im Ausschuss der Regionen (AdR) im Februar 2009 auf Initiative Bremens eine Intergroup „Nordsee/Ärmelkanal“ konstituiert. Schwerpunkt der Tätigkeit dieser Intergroup wird in der kommenden Legislaturperiode des AdR (2010 bis 2015) die Erarbeitung von Eckpunkten einer zukünftigen „Nordsee-strategie“ der Europäischen Kommission sein. In deren Zentrum werden der Schutz der Nordsee als Ökosystem, die Anpassung an den Klimawandel und die Nutzung der ökonomischen Potenziale von Meer und Küste stehen. Diese Zielsetzung verfolgt auch die North Sea Commission (NSC), die „regionale Kommission“ für die Nordsee im Rahmen der Conference of Peripheral Maritime Regions (CPMR), der die Freie Hansestadt Bremen mit Senatsbeschluss vom 31. März 2009 beigetreten ist.

Dieser Prozess verstärkter Zusammenarbeit sollte auf Parlamentsebene aktiv begleitet werden. Die Schaffung eines „Parlamentsforums Nordsee“ analog der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) soll die politischen Interessen von Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie der europäischen Staaten mit Zugang zur Nordsee bündeln. Über die Stärkung existierender Partnerschaften und die Intensivierung von Netzwerken sollen gemeinsame Strategien entwickelt und umgesetzt, Synergieeffekte geschaffen und genutzt sowie sozialer Fortschritt und ökologisches Gleichgewicht verfolgt werden. Die Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee, für das sich die Landtage von Schleswig-Holstein und Hamburg bereits ausgesprochen haben, erscheint als eine geeignete Plattform für die erforderliche breite Diskussion aller den Nordseeraum betreffenden Fragen.

Die Organisation des Forums sollte vorläufig mit den kooperationswilligen Partnern abgestimmt werden und später unter anderem auch relevante Nichtregierungsorganisationen einbinden. Nach koordinierender inhaltlicher Ausgestaltung könnte ein Auftaktkongress den Beginn der aktiven Arbeit des Forums signalisieren. Die von Hamburg bereits ergriffene Initiative für eine solche Strategieveranstaltung sollte von Bremen aus aktiv unterstützt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die Schaffung eines „Parlamentsforums Nordsee“ aus, in dem Vertreter/-innen der Parlamente der an die Nordsee angrenzenden deutschen Bundesländer und EU-Staaten Strategien für die

nachhaltige Zukunftsfähigkeit des gemeinsamen Lebens-, Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Kulturraumes entwickeln.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Vorstand der Bürgerschaft, die Schaffung eines Parlamentsforums Nordsee aktiv zu befördern und sich dafür einzusetzen, dass die inhaltliche Arbeit des Forums vor allem auf diese Fragen ausgerichtet wird:
 - a) Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen als wesentliche Zielsetzung aller meeresnahen wirtschaftlichen Aktivitäten,
 - b) Innovation und Forschung als Motor nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung,
 - c) Sicherung des Ökosystems Küste/Meer als Lebensgrundlage und gemeinsame Ressource aller Anrainer,
 - d) Definition gemeinsamer Standards als Basis grenzüberschreitender Kooperation,
 - e) gemeinsame Initiativen gegenüber den Organen und Programmen der EU.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Vorstand der Bürgerschaft, bei der Vorbereitung der in Hamburg geplanten Auftaktveranstaltung die Interessen des Landes Bremen zu vertreten und zu prüfen, welchen Beitrag Bremerhaven und Bremen dabei leisten können.

Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Martin Günthner,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD